Drogenhandel

10 000 Kunden

Der Fall des von der Polizei am Mittwoch zerschlagenen Onlineshops Shiny-Flakes, der in großem Stil illegale Drogen über das Internet anbot, ist offenbar umfassender als angenommen. Nach Erkenntnissen aus Justizkreisen ist von „rund 10 000 Kunden weltweit“ auszugehen, die bei Shiny-Flakes illegalen Stoff bestellt haben. Spezialisten des sächsischen Landeskriminalamts sei es gelungen, die Kundenverzeichnisse des Versandhandels zu entschlüsseln – die Besteller stammten demnach vorwiegend aus dem deutschsprachigen Raum. Bislang wurden in zehn Bundesländern Wohnungen durchsucht, etwa in Bremen, Hessen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz. Der Fall markiert Ermittlern zufolge eine „neue Dimension“ des Drogenhandels. Bereits am 26. Februar hatten sächsische Spezialkräfte den mutmaßlichen Hintermann des Onlineshops festgenommen. Im Zimmer des 20-jährigen Maximilian S., der in Leipzig bei seinen Eltern wohnte, fand sich eine rekordverdächtige Menge Rauschgift – darunter 138 Kilo Ecstasy-Tabletten, 89 Kilo Haschisch und 4,4 Kilo Kokain. Neben S. wurden inzwischen der mutmaßliche Drogenkurier Zhivko Z., 51, sowie fünf weitere Beschuldigte inhaftiert. mba, srö, stw



Außenpolitik

Pofalla übernimmt Petersburger Dialog

Der ehemalige Kanzleramtschef Ronald Pofalla, 55, wird auf deutscher Seite neuer Vorsitzender des Petersburger Dialogs. Das bestätigten hochrangige Regierungskreise in Berlin. Pofalla, der seit Anfang des Jahres Chef-Lobbyist der Deutschen Bahn ist, wird auf Wunsch des Kanzleramts Ende März den letzten DDR-Ministerpräsidenten Lothar de Maizière ablösen, der wegen seiner zu russlandfreundlichen Haltung in die Kritik geraten war. Der Petersburger Dialog war 2001 als Forum für zivilgesellschaftlichen Austausch zwischen Deutschland und Russland gegründet worden. Er soll nach dem Willen von Kanzleramt und Auswärtigem Amt jetzt grundlegend reformiert werden und künftig unabhängig von den deutsch-russischen Regierungskonsultationen stattfinden. Geplant ist auch, eine größere Zahl zivilgesellschaftlicher Akteure einzubinden. Das Forum war auf deutscher Seite zuletzt von Auseinandersetzungen zwischen Russlandkritikern und Vertretern einer moskaufreundlicheren Linie geprägt. Die Berufung Pofallas werde von beiden Seiten akzeptiert, heißt es. Pofalla hatte sich in seiner Zeit als Kanzleramtsminister in Weißrussland für die Zivilgesellschaft engagiert. Dank seiner Vermittlung kamen inhaftierte Regimekritiker frei. Auch nach Moskau unterhält er gute Beziehungen. red

Plagiate

Mathiopoulos-Verfahren in Berufung

Das Oberverwaltungsgericht (OVG) Münster hat im Rechtsstreit zwischen der Universität Bonn und der Politikberaterin Margarita Mathiopoulos überraschend die Berufung zugelassen. Damit wird der Entzug von Mathiopoulos' Doktorgrad durch die Universität vor dem nordrhein-westfälischen Oberverwaltungsgericht erneut verhandelt. Zur Begründung führt das OVG „besondere Schwierigkeiten der Rechtssache“ an, etwa wegen der Frage, wie eine frühere Uni-Entscheidung zu Plagiatsvorwürfen von Anfang der Neunzigerjahre zu bewerten sei. Mathiopoulos war 1986 an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität promoviert worden. Die Dissertation erregte schon kurz nach ihrem Erscheinen Aufsehen: Der SPIEGEL (37/1989) verwies auf wörtliche Übernahmen, die nicht ausreichend im Text kenntlich gemacht worden waren. 1991 ergab eine stichprobenartige Untersuchung der Universität zwar gravierende handwerkliche Mängel in der Dissertation; weil man aber keinen Täuschungsvorsatz erkennen konnte, entzog die Universität den Doktorgrad damals nicht. Im Nachklang der Guttenberg-Affäre griff das Plagiatsjäger-Netzwerk VroniPlag den Fall wieder auf und erneuerte die Vorwürfe. Im April 2012 revidierte die Universität ihre Entscheidung von 1991 als „objektiv rechtswidrig“ und beschloss, Mathiopoulos den Doktorgrad zu entziehen. cht, hh



Mathiopoulos

FOTOS: WIEGAND WAGNER / IMAGO (U.); BORIS ROESSLER / DPA (O.)